

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XXV
Literaturverzeichnis	XXXVII

1. Teil. Einleitung

I. Entstehung der Bestimmungen zur Vermögensabschöpfung	1
II. Überblick über die Einziehungsregelungen	9
III. Dogmatische Einordnung der Maßnahmen	11
IV. Obligatorische und fakultative Anordnungen	16
V. Systematik der Vermögensabschöpfung	17
VI. Verfassungsrechtliche Grundlagen	18
VII. Internationales Recht	20

2. Teil. Strafrechtliche Vermögensabschöpfungsregelungen

1. Kapitel. Tatbestände und ihre Voraussetzungen	23
A. Einziehung von Taterträgen beim Täter oder Tatbeteiligten (§ 73 StGB)	23
I. Verhältnis der Einziehung von Taterträgen zu anderen Instrumenten der Einziehung	23
II. Begehung einer rechtswidrigen Tat	25
III. Gegenstand der Einziehung nach § 73 Abs. 1 StGB	26
B. Erweiterte Einziehung (§ 73a StGB)	41
I. Sinn und Zweck der Einführung des erweiterten Verfalls (§ 73d StGB aF)	41
II. Die Rechtsentwicklung nach europarechtlichen Vorgaben	41
III. Tatbestandsvoraussetzungen der erweiterten Einziehung	43
IV. Verfügungsgewalt des Tatbeteiligten oder Drittempfängers	47
V. Anwendung der Vorschriften über die Wertersatzeinziehung (§ 73c StGB)	48
VI. Mehrfache Einziehungsanordnung (§ 73a Abs. 2 StGB)	48
VII. Härtere Regelungen bei der erweiterten Einziehung	48
VIII. Verjährung der Einziehung von Taterträgen und des Wertes von Taterträgen	49
IX. Verfahrensrechtliches	49
C. Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB	49
D. Vermögensabschöpfung bei anderen Personen als dem Täter oder Teilnehmer (Drittbegünstigte) nach § 73b StGB	49
I. Drittbegünstigte	49
II. Die Rechtsentwicklung	50
III. Die Voraussetzungen der Einziehung	51
IV. Einziehung des Wertersatzes und von Nutzungen beim Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 2 StGB)	56
V. Surrogatseinziehung beim Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 3 StGB)	56
VI. Ersparte Aufwendungen des Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 3 StGB)	57
VII. Ausschluss der Einziehung nach § 73e Abs. 2 StGB	57

E. Einziehung des Wertersatzes (§ 73c StGB)	58
I. Funktion der Einziehung des Wertersatzes	58
II. Undurchführbarkeit der Einziehungsanordnung eines bestimmten Gegenstandes wegen der Beschaffenheit des Erlangten (§ 73c S. 1 Alt. 1 StGB)	58
III. Undurchführbarkeit der Einziehungsanordnung eines bestimmten Gegenstandes „aus einem anderen Grunde“ (§ 73c S. 1 Alt. 2 StGB)	59
IV. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 73c S. 1 Alt. 3 StGB im Fall der Abstandnahme vom Surrogatsverfall nach § 73 Abs. 3 StGB, § 73b Abs. 3 StGB	60
V. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Wertermittlung bei der Wertersatzeinziehung	61
VI. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 73c S. 2 StGB neben der Einziehungsanordnung nach § 73 StGB	63
VII. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 73c StGB neben der Einziehung gegenüber Dritten nach § 73b StGB	64
VIII. Einbeziehung von Wertersatzeinziehungen aus früheren Urteilen (§ 55 Abs. 2 StGB)	64
F. Berechnung des Erlangten nach §§ 73d, 73e Abs. 1 StGB	64
I. Sinn und Zweck	64
II. Bestimmung des Wertes des Erlangten nach § 73d Abs. 1 StGB	66
III. Schätzung nach § 73d Abs. 2 StGB	72
IV. Ausschluss nach § 73e StGB	74
2. Kapitel. Besondere Arten der Einziehung	77
A. Die nachträgliche Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 76 StGB, § 462 StPO	77
B. Selbstständige Einziehung nach § 76a Abs. 1–3 StGB	77
I. Die Bedeutung des § 76a StGB	77
II. Die selbstständige Anordnung nach § 76a Abs. 1 StGB	77
III. Selbstständige Einziehung beim Absehen von Strafe nach § 76a Abs. 3 StGB	79
IV. Das selbstständige Einziehungsverfahren	79
C. Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB	79
I. Sinn und Zweck der erweiterten selbstständigen Einziehung	79
II. Rechtsnatur	80
III. Tatbestandsvoraussetzungen der erweiterten selbstständigen Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB	80
IV. Verfügungsgewalt eines Tatbeteiligten oder Drittempfängers ...	86
V. Verhältnis von §§ 73 ff. zu § 76a Abs. 4 StGB – Unmöglichkeit eines subjektiven Verfahrens	86
VI. Rückwirkungsverbot	87
VII. Mehrfache Einziehungsanordnung (§ 73a Abs. 2 StGB analog)	87
VIII. Berücksichtigung von Härten bei der Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB	87
IX. Wirkung der Einziehung (§ 76a Abs. 4 S. 2 StGB)	88
X. Verjährung der Einziehung nach § 76a StGB	88
XI. Verfahrensrechtliches	88

3. Kapitel. Die Einziehung im Strafrecht (§§ 74 ff. StGB) und Ordnungswidrigkeitenrecht (§§ 22 ff. OWiG) als Maßnahme mit abschöpfungsfähnlicher Wirkung	88
A. Vorbemerkung	88
I. Rechtsnatur	88
II. Einziehungsentscheidung	90
III. Verzicht	92
IV. Fehlerquellen	92
V. Ordnungswidrigkeitenrecht	93
B. Die Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§ 74 StGB; § 22 OWiG)	93
I. Einziehungsobjekte	93
II. Vorsätzliche Straftat	94
III. Einziehung von Tatprodukten (§ 74 Abs. 1 Alt. 1)	95
IV. Einziehung von Tatmitteln (§ 74 Abs. 1 Alt. 2 StGB)	95
V. Einziehung von Tatobjekten (§ 74 Abs. 2 StGB)	99
VI. Identität des Einziehungsgegenstandes	101
VII. Die besonderen Einziehungsvoraussetzungen nach § 74 Abs. 3 StGB	102
VIII. Zusammentreffen mit der Sicherungseinziehung § 74b Abs. 1 Nr. 2 StGB	106
IX. Zusammentreffen mit der Einziehung von Taterträgen	106
X. Ermessen	107
XI. Konkrete Bezeichnung des Einziehungsgegenstands	108
C. Die erweiterte Einziehung (§ 74a StGB, § 23 OWiG)	108
I. Vorbemerkung	108
II. Die erweiterte Einziehung nach § 74a Nr. 1 StGB	108
III. Die erweiterte Einziehung nach § 74a Nr. 2 StGB	110
D. Die Sicherungseinziehung nach § 74b Abs. 1	112
I. Regelungsgehalt des § 74b Abs. 1 StGB	112
II. Voraussetzungen	112
III. Die besonderen Einziehungsvoraussetzungen nach § 74b Abs. 1 Nr. 1 StGB	114
IV. Die besonderen Einziehungsvoraussetzungen nach § 74b Abs. 1 Nr. 2 StGB	114
V. Zusammentreffen § 74b Abs. 1 Nr. 2 mit § 74a StGB	114
VI. Ermessen	114
E. Entschädigungsansprüche (§ 74b StGB)	115
I. Die Entschädigungsberechtigten (§ 74b Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 StGB)	115
II. Ausschluss der Entschädigungspflicht (§ 74b Abs. 3 S. 1 StGB)	116
III. Härteklausele (§ 74b Abs. 3 S. 2 StGB)	116
IV. Verfahrensrechtliches	117
F. Einziehung des Wertersatzes (§ 74c StGB, § 25 OWiG)	117
I. Vorbemerkung	117
II. Die Voraussetzungen der Wertersatzeinziehung nach § 74c Abs. 1 StGB	118
III. Der Wertersatz	121
IV. Die dingliche Belastung nach § 74c Abs. 2 StGB	122
V. Zahlungserleichterungen und Vollstreckung	122
G. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	123
I. Gesetzliche Regelung in § 74f StGB	123
II. Anwendung und Bedeutung	123

4. Kapitel. Adressaten der Einziehung, sonstige Einziehungsbetroffene und Verletzte der Tat	126
A. Tatbeteiligte	126
I. Einziehung beim Täter und Teilnehmer	126
II. Gesamtschuldnerische Haftung der Täter und Teilnehmer	126
III. Auswirkungen einer möglichen Einziehung auf die verfahrensrechtliche Stellung des Täters, Teilnehmers und Drittbegünstigten	127
B. Verletzter	128
I. Sinn und Zweck der Einziehung bei Individualrechten	128
II. Rechtsentwicklung	128
III. Rechtsstellung des Verletzten im Verfahren	131
C. Dritte, die nicht an der Tat beteiligt waren	135
I. Einziehung „bei anderen“ nach § 73b StGB	135
II. Einziehung von Tatmitteln, Tatprodukten und Tatobjekten bei einem Dritten (§§ 74 ff. StGB)	136
III. Verfahrensstellung des Dritteigentümers oder Rechtsinhabers am Einziehungsobjekt (§ 75 Abs. 1 Nr. 2 StGB und § 75 Abs. 2 StGB)	142
5. Kapitel. Wirkung der strafrechtlichen Einziehung (§ 75 StGB)	143
A. Überblick	143
B. Voraussetzungen des Rechtsübergangs nach § 75 Abs. 1 StGB	143
I. § 75 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB	143
II. § 75 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB	144
C. Der Eigentumsübergang auf den Staat	144
I. Staatlicher Rechtserwerb	144
II. Einzelfragen	145
III. Fallgruppen	145
IV. Aufgeschobener Eigentums oder Rechtserwerb des Staates (§ 75 Abs. 1 S. 2 StGB)	147
D. Rechte Dritter am Einziehungsgegenstand (§ 75 Abs. 2 StGB)	147
I. Fortbestand der Rechte Dritter (§ 75 Abs. 2 S. 1 StGB)	147
II. Ausnahmen (§ 75 Abs. 2 S. 2, 3 StGB)	148
E. Sicherung der Einziehung durch ein Veräußerungs- und Verfügungsverbot (§ 75 Abs. 3 und Abs. 4 StGB)	149
I. Funktion	149
II. Veräußerungsverbot iSd § 136 BGB	149
III. Gutgläubiger Erwerb	149
IV. Bedeutung des Erwerbs durch einen Nichttatbeteiligten	150
V. Ausschluss des § 91 InsO (§ 75 Abs. 4 StGB)	151

3. Teil. Verfahrensrechtliche Maßnahmen zur Sicherung der Vermögensabschöpfung

1. Kapitel. Grundlagen	153
A. Entstehungsgeschichte	153
B. Zweck	155
C. Überblick	155
I. Strafprozessuale Regelungen	155
II. Ordnungswidrigkeitenrecht	157
D. Abgrenzungen	157
I. Beschlagnahme und Vermögensarrest	157

II. Verhältnis der Sicherstellungen nach §§ 111b ff. StPO zur Beschlagnahme nach § 94 StPO	157
III. Verhältnis der Sicherstellung zum Vermögensarrest nach AO	159
IV. Verhältnis der vorläufigen Maßnahmen nach §§ 111b ff. StPO zum Insolvenzverfahren	159
V. Verhältnis der Sicherstellungen nach §§ 111b ff. StPO zur Vermögensbeschlagnahme	162
VI. Verhältnis der Sicherstellung nach §§ 111b ff. StPO zur Sperrung von Konten mutmaßlicher Terroristen	162
2. Kapitel. Maßnahmen zur Sicherung der Vermögensabschöpfung	162
A. Beschlagnahme nach §§ 111b Abs. 1, 111c StPO	162
I. Anordnung der Beschlagnahme	162
II. Vollziehung der Beschlagnahmeanordnung	169
III. Aufhebung der Beschlagnahme	187
B. Vermögensarrest	189
I. Anordnung des Vermögensarrestes (§ 111e, § 111b Abs. 2 StPO aF)	189
II. Vollziehung der Arrestanordnung	197
III. Aufhebung der Anordnung/Beendigung der Sicherstellung	237
C. Durchsuchung (§ 111b Abs. 2 und § 111e Abs. 5 StPO)	238
I. Voraussetzungen	238
II. Anordnung der Durchsuchung	240
III. Durchführung der Durchsuchung	241
D. Bekanntmachung an die Anspruchsinhaber (§ 111l Abs. 1 StPO	246
I. Hinweise für den Anspruchsinhaber nach § 111l Abs. 2 und 3 StPO	247
II. Mitteilung an noch unbekannte Anspruchsinhaber	247
E. Verwaltung sichergestellter Gegenstände	248
I. Sinn und Zweck des § 111m StPO	248
II. Begriff der Verwaltung	248
III. Zuständigkeit	248
IV. Arten der Verwaltung	249
V. Werterhalt	249
VI. Rechtsbehelf	250
VII. Amtshaftung	250
F. Notveräußerung (§ 111p StPO)	250
I. Zweck der Norm	250
II. Gegenstände der Notveräußerung	250
III. Voraussetzungen der Notveräußerung	252
IV. Verfahren	252
V. Wirkung	258
VI. Rückgabe statt Notveräußerung	258
VII. Rechtsmittel bzw. Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit Entscheidungen bezüglich der Notveräußerung	258
3. Kapitel. Rückgabe beweglicher Sachen und Aussetzung der Vollziehung	259
A. Rückgabe – beschlagnahmter – beweglicher Sachen vor Verfahrensabschluss (§ 111d Abs. 2 StPO)	259
I. Rückgabe gegen Erlegung des Wertes	259
II. Überlassung zur vorläufigen weiteren Benutzung	259

B. Aussetzung der Arrestvollziehung nach § 111g StPO	260
I. Aufhebung der Arrestvollziehung (§ 111g Abs. 1 StPO)	260
II. Aufhebung der Arrestvollziehung bei Notlage (§ 111g Abs. 2 StPO)	260
4. Kapitel. Rückgabe sichergestellter Gegenstände	261
A. Rechtsentwicklung	261
I. Das Rückgabeverfahren im früher geltenden Recht	261
II. Das Rückgabeverfahren nach dem Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	262
B. Sinn und Zweck der Vorschriften über die Rückgabe	262
C. Voraussetzungen der Rückgabe	263
I. Gegenstand der Rückgabe	263
II. Entbehrlichkeit für Zwecke des Strafverfahrens	264
III. Offenkundigkeit der Gewahrsamsverhältnisse	264
IV. Fehlen von Ansprüchen Dritter (§ 111n Abs. 3 StPO)	265
V. Adressaten der Rückgabe	266
D. Verfahren	269
I. Zuständigkeit (§ 111o Abs. 1 StPO)	269
II. Anordnung der Herausgabe	269
III. Durchführung der Herausgabe	270
IV. Behandlung von Sachen bei unbekannten oder nicht mehr zu ermittelnden Geschädigten	270
E. Rechtsmittel	271
5. Kapitel. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel bei vorläufigen Sicherungsmaßnahmen nach §§ 111b ff. StPO	272
A. Überblick	272
B. Besonderheiten im Verfahren nach §§ 111b ff. StPO	272
I. Rechtliches Gehör	272
II. Vorrang des Strafrechtswegs	273
III. Gerichtliche Kontrolle abgeschlossener Maßnahmen	273
C. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel des Betroffenen gegen die Anordnung der Beschlagnahme und des Vermögensarrestes	274
I. Anordnungen der Staatsanwaltschaft und der Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft	274
II. Entscheidungen des Gerichts	274
D. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen die Art und Weise der Vollstreckung	275
I. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen Maßnahmen der Staatsanwaltschaft	275
II. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen Maßnahmen des Gerichtes	276
E. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen sonstige Maßnahmen	276
I. Rechtsbehelfe gegen die Durchsuchungsanordnung	276
II. Rechtsmittel bzw. Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit Entscheidungen bezüglich der Notveräußerung	276
III. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen nach § 111n StPO (Herausgabe sichergestellter beweglicher Sachen)	278
F. Sonstige Rechtsbehelfe	278
I. Verfassungsbeschwerde	278
II. Dienstaufsichtsbeschwerde	278

4. Teil. Verfahren bei Einziehung (§§ 421 ff. StPO)

1. Kapitel. Vorbemerkungen	279
A. Überblick	279
B. Rechtsentwicklung	279
C. Bedeutung der §§ 424 ff. StPO	280
2. Kapitel. Die Verfahrensbeteiligten	280
A. Überblick	280
I. Einführung	280
II. Anwendungsbereich	281
III. Begriffe und Definitionen	282
B. Der Einziehungsbeteiligte	283
I. Abgrenzung des § 424 StPO von § 438 StPO	283
II. Voraussetzungen der Verfahrensbeteiligung	283
III. Umfang der Beteiligung	285
C. Der Nebenbetroffene	285
I. Voraussetzungen der Verfahrensbeteiligung	285
II. Grundsätzlicher Umfang der Beteiligung	287
III. Beschränkung der Beteiligung	288
D. Unterbleibende Verfahrensbeteiligung	288
I. Verzicht	288
II. Absehen wegen Unausführbarkeit	289
III. Absehen aus Gründen des Staatsschutzes	291
E. Verfahrensgang bei der Anordnung der Beteiligung	291
I. Verfahren	291
II. Anfechtbarkeit	293
III. Keine Hemmung des Verfahrens	293
F. Vertretung und Befugnisse der Nebenbeteiligten	294
I. Vertretung	294
II. Befugnisse	297
G. Exkurs: Entschädigungsansprüche	298
H. Bußgeldverfahren	299
3. Kapitel. Das Verfahren im ersten Rechtszug	299
A. Das vorbereitende Verfahren	299
I. Finanzermittlungen der Staatsanwaltschaft	299
II. Anhörung von möglichen Verfahrensbeteiligten im Ermittlungsverfahren	300
III. Verfahrensabschluss	301
B. Das gerichtliche Verfahren	303
I. Zuständigkeit des Gerichts	303
II. Das Zwischenverfahren	304
III. Terminsnachricht an den Nebenbeteiligten	304
IV. Die Hauptverhandlung	307
C. Verfahrensentscheidungen	311
I. Einstellung nach §§ 153 ff. StPO	311
II. Absehen von der Einziehung	311
III. Formlose Einziehung	314
IV. Abtrennung des Verfahrens über die Einziehung	315
D. Die Vermögensabschöpfung im Rechtsfolgenausspruch des Urteils	317
I. Tenorierung	317
II. Urteilsgründe	320

E. Rechtsmittel gegen die Einziehung im Strafverfahren	320
I. Rechtsschutz der Einziehungsbetroffenen (Überblick)	320
II. Besonderheiten im Rechtsmittelverfahren bei Einziehungen ...	322
F. Bußgeldverfahren	326
4. Kapitel. Verfahren nach Abtrennung der Einziehung	327
A. Überblick	327
B. Zuständigkeit	327
C. Verfahren nach der Abtrennung	327
D. Zeitlicher Rahmen; Bindungswirkung	327
E. Beschlussverfahren	328
F. Urteilsverfahren	328
G. Rechtsmittel	330
5. Kapitel. Einziehung durch Strafbefehl	330
A. Festsetzung vermögensabschöpfender Rechtsfolgen im Strafbefehl ...	330
B. Strafbefehlsverfahren	330
I. Erlass	330
II. Zustellung	331
III. Hinweise	331
C. Verfahren nach Einspruch	331
I. Einspruch des Beschuldigten	331
II. Einspruch des Nebenbeteiligten	331
D. Entscheidung	332
6. Kapitel. Selbständiges Einziehungsverfahren	333
A. Die Bedeutung von § 76a StGB	333
I. Sinn und Zweck der Norm	333
II. Voraussetzungen der selbständigen Einziehungsanordnung	334
B. Verfahren bei der selbständigen Einziehung	335
I. Überblick	335
II. Zuständigkeit	336
III. Antrag auf die selbständige Anordnung der Rechtsfolge	336
IV. Verfahren nach Antragseingang	338
V. Übergang vom subjektiven zum objektiven Verfahren	343
VI. Entscheidung im selbständigen Verfahren (Allgemeines)	345
VII. Entscheidungsgrundlagen	345
VIII. Entscheidungstenor	349
IX. Rechtsmittel	349
X. Kosten; notwendige Auslagen	350
C. Bußgeldverfahren	350
7. Kapitel. Das Nachverfahren	351
A. Überblick	351
I. Änderungen durch die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	351
II. Sinn und Zweck des Nachverfahrens	351
B. Zuständigkeit	352
C. Antrag auf Durchführung des Nachverfahrens	352
I. Antragsberechtigung	352
II. Form	353
III. Antragsfrist	353
IV. Wirkung des Antrags	354
D. Verfahren	354
I. Zulässigkeitsprüfung	354

II. (Keine) Überprüfung des Schuldspruchs	355
III. Entscheidungsregeln	355
IV. Entscheidung über die Begründetheit	356
V. Absehen von der Einziehung	356
E. Entscheidungsform	357
F. Rechtsmittel	357
G. Ausschluss der Wiederaufnahme	358
H. Kosten	358
I. Bußgeldverfahren	358

5. Teil. Insolvenzverfahren

1. Kapitel. Überblick	359
A. Bedeutung der Insolvenzordnung im Strafprozess	359
I. Begriff der Insolvenz	359
II. Strafprozessuale Normen mit insolvenzrechtlichem Bezug	359
B. Grundlagen	363
I. Ziele des Insolvenzverfahrens	363
II. Entscheidungsträger und Beteiligte	363
2. Kapitel. Einleitung des Insolvenzverfahrens	367
A. Antrag	367
I. Antragsberechtigte	367
II. Zulässigkeit des Antrags	369
III. Rechtliches Gehör	370
IV. Zustellungen	371
V. Zurücknahme des Antrags und Erledigungserklärung	371
B. Vorläufige Maßnahmen des Gerichts	371
I. Sinn und Zweck	371
II. Anordnung von vorläufigen Sicherungsmaßnahmen	371
C. Eröffnungsgründe	373
I. Zahlungsunfähigkeit	373
II. Drohende Zahlungsunfähigkeit	373
III. Überschuldung	373
D. Feststellung der relevanten Tatsachen	373
E. Entscheidung über den Eröffnungsantrag	374
I. Ablehnung des Antrags	374
II. Eröffnungsbeschluss	374
III. Rechtsmittel	376
3. Kapitel. Konsequenzen der Insolvenzeröffnung	376
A. Insolvenzbeschlagnahme und Schutz der Insolvenzmasse	376
I. Schuldnervermögen	376
II. Schutz des Drittschuldners	377
B. Einschränkung des Verwaltungs- und Verfügungsrechts	377
I. Beschränkung der Verfügungsmacht	377
II. Beschränkung der Verwaltungsmacht des Schuldners	378
C. Persönliche Folgen für den Schuldner	378
I. Auskunft- und Mitwirkungspflichten	378
II. Berufrechtliche Beschränkungen	380
4. Kapitel. Anreicherung der Insolvenzmasse	380
A. Behandlung schwebender Rechtsverhältnisse	380
I. Vertragsfreiheit und Insolvenz	380
II. Folgen der Insolvenz für schwebende Rechtsgeschäfte	381

B. Forderungseinziehung	382
C. Insolvenzanfechtung	382
I. Grundsätze	382
II. Allgemeine Voraussetzungen	382
III. Anfechtungsgründe	383
IV. Rechtsfolgen der Anfechtung	384
5. Kapitel. Bereinigung der Insolvenzmasse und Befriedigung der Gläubiger	385
A. Aussonderung	385
I. Grundsatz	385
II. Rechte zur Aussonderung	385
B. Absonderung	386
I. Grundsatz	386
II. Rechte zur Absonderung	386
III. Verwertung von Absonderungsgut	386
IV. Ersatzabsonderung	387
C. Befriedigung der Massegläubiger	387
I. Grundsätze	387
II. Masseschulden	387
D. Befriedigung der Insolvenzgläubiger	388
I. Anmeldung der Forderungen	388
II. Prüfungstermin	389
E. Masseverwertung	389
I. Unverzügliche Verwertungspflicht	389
II. Verwertung von Gegenständen mit Absonderungsrechten	389
F. Masseverteilung an die Insolvenzgläubiger	390
I. Verteilungsverzeichnis	390
II. Verteilungsarten	391
III. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	391
IV. Nachtragsverteilung	392
V. Rechte der Insolvenzgläubiger nach Verfahrensaufhebung	392
 6. Teil. Strafvollstreckungs- und Entschädigungsverfahren	
1. Kapitel. Überblick und Grundlagen	393
A. Einführung	393
I. Aufgaben der Strafvollstreckung	393
II. Rechtsgrundlagen	393
B. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	394
I. Rechtskraft	394
II. Urkundliche Grundlagen der Vollstreckung	395
III. Vollstreckungshindernisse	397
C. Zuständigkeit in Vollstreckungssachen	398
I. Sachliche Zuständigkeit	398
II. Örtliche Zuständigkeit	398
III. Kompetenzkonflikt und Vollstreckungshilfe	399
IV. Rechtshilfe	399
V. Funktionelle Zuständigkeiten	399
D. Maßnahmen nach § 459g Abs. 3 StPO	400
I. Überblick	400
II. Die Maßnahmen im Einzelnen	401

E. Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen wegen Ordnungswidrigkeiten	401
I. Bußgeldbescheid der Verwaltungsbehörde	401
II. Gerichtliche Bußgeldentscheidungen	401
2. Kapitel. Vollstreckung bei eingezogenen Sachen bzw. Rechten	402
A. Überblick	402
I. Ausgangslage	402
II. Anzuwendende Vorschriften	403
B. Wegnahme des Erlangten	403
I. Aufforderung zur Herausgabe und Vollstreckungsauftrag	403
II. Wegnahme bei Gewahrsam des Vollstreckungsschuldner	404
III. Vollstreckung bei Gewahrsam eines Dritten	405
IV. Vollstreckung bei Rechten Dritter	405
V. Ausschluss der Vollstreckung	406
VI. Unausführbarkeit	406
VII. Vollstreckung bei Wiederaufnahmeverfahren	406
VIII. Tod des Verurteilten	407
C. Abwicklung	407
I. Verwahrung und Entscheidung	407
II. Alternativen	407
3. Kapitel. Vollstreckung bei Anordnung der Wertersatzeinziehung	409
A. Überblick	409
I. Rechtsgrundlagen	409
II. Verfahrensgang im Überblick	410
B. Umfang und Gang der Vollstreckung	411
I. Einforderung	411
II. Mahnung	411
III. Zahlungserleichterungen	412
C. Die Vollstreckung	414
I. Beitreibung	414
II. Zwangsmittel	415
III. Vollstreckungsarten	416
IV. Insolvenz Antrag	417
D. Ausschluss der Vollstreckung	417
E. Unterbleiben der Vollstreckung	417
I. Erwartete Erfolglosigkeit	417
II. Unterbleiben der Vollstreckung wegen Unverhältnismäßigkeit	418
F. Wiederaufnahme der Vollstreckung	419
4. Kapitel. Entschädigungsverfahren	420
A. Überblick und Normzweck	420
B. Entschädigung bei Einziehung des Tatertrages	421
I. Vorläufige Sicherung	421
II. Insolvenz des Täters oder Einziehungsbeteiligten	421
III. Zivilrechtlicher Titel	422
IV. Rückgabe des Erlangten an den Verletzten	422
V. Rechte des Einziehungsbetroffenen	423
VI. Auffangerwerb des Staates	424
C. Entschädigung bei Einziehung des Wertersatzes	424
I. Vorläufige Sicherung	424
II. Insolvenz des Täters oder Einziehungsbeteiligten	424
III. Zivilrechtlicher Titel	424
IV. Auskehrung des Verwertungserlöses	425

V. Alternativen der Auskehrung des Verwertungserlöses	425
VI. Auskehrung an den Verurteilten	427
VII. Auffangerwerb des Staates	427
D. Entschädigungsverfahren bei Rückübertragung des Erlangten	427
I. Mitteilung an den Tatverletzten	427
II. Anmeldung der Ansprüche des Verletzten	428
III. Anhörung des Betroffenen (Verurteilten)	428
IV. Prüfung und Entscheidung der Vollstreckungsbehörde	429
V. Rückgabe oder Rückübertragung des Eigentums	429
E. Entschädigungsverfahren bei Einziehung des Wertes des Tatertrages ..	430
I. Mitteilung	430
II. Anmeldung	430
III. Anhörung des Betroffenen (Verurteilten/ Einziehungsbetroffenen)	431
IV. Prüfung und Entscheidung über die Ansprüche auf Auskehrung des Verwertungserlöses	432
5. Kapitel. Strafvollstreckungsrechtliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	433
A. Rechtsgrundlagen der StPO und der StVollstrO	433
B. Rechtsgrundlagen der ZPO gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1 JBeitrG	434
I. Anfechtungsmöglichkeiten nach der ZPO	434
II. Rechtsweg bei Einwendungen entsprechend den ZPO- Vorschriften	434
C. Einwendungen gegen vollstreckungsrechtliche Entscheidungen (§§ 458, 459o StPO)	435
I. Einwendungen gegen die Strafvollstreckung (§ 458 StPO)	435
II. Einwendungen gegen Entscheidungen der Vollstreckungsbehörde (§ 459o StPO)	437
III. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel der ZPO	443
D. Verfahren bei Einwendungen	446
I. Zuständigkeit	446
II. Anfechtungsgegenstand	447
III. Antragsbefugnis	447
IV. Form und Frist	448
V. Anhörungspflicht	448
VI. Beschlussverfahren	449
VII. Vollstreckungshemmung und -aufschub	449
VIII. Rechtsmittel	449
IX. Wiederaufnahmeverfahren	450
E. Sonstige Rechtsbehelfe	450
I. Verfahren nach § 23 EGGVG iVm § 21 StVollstrO	450
II. Gegenvorstellung und Dienstaufsichtsbeschwerde	453
III. Verfassungsbeschwerde	454
 7. Teil. Vermögensabschöpfung nach dem OWiG	
1. Kapitel. Tatbestände und ihre Voraussetzungen	455
A. Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils durch die Geldbuße (§ 17 Abs. 4 OWiG)	455
I. Begehung einer Ordnungswidrigkeit (§ 1 OWiG)	455
II. Wirtschaftlicher Vorteil	456
B. Einziehungsanordnung bei Nichtfestsetzung einer Geldbuße gegen den Täter (§ 29a Abs. 1 OWiG)	462
I. Anknüpfungstat	463

II. Nichtfestsetzung einer Geldbuße	463
III. Der Einziehungsgegenstand: Das erlangte Etwas	464
IV. Verknüpfung des Vorteils mit der Tat	467
V. Verfahrensfragen	467
C. Einziehungsanordnung nach § 29a Abs. 2 OWiG	469
D. Vermögensabschöpfung durch Geldbuße gegenüber juristischen Personen und Personenvereinigungen (§ 30 Abs. 3 OWiG)	470
I. Der mögliche Täterkreis nach § 30 Abs. 1 OWiG	470
II. Die Bezugshandlung	474
III. Wirtschaftlicher Vorteil und die Befugnis zur Schätzung	476
IV. Verfahrensfragen	477
E. Die Mehrerlösabführung nach §§ 8, 10 Abs. 2 WiStG	483
I. Verfolgbare Zuwiderhandlungen nach § 8 Abs. 1 S. 1 WiStG ..	484
II. Die Anordnung nach § 8 Abs. 1 S. 2 WiStG	484
III. Die selbstständige Mehrerlösabführung nach § 10 Abs. 2 WiStG	485
IV. Der Begriff des Mehrerlöses nach § 8 Abs. 1 WiStG	486
V. Die Befugnis zur Schätzung des Mehrerlöses	487
2. Kapitel. Adressaten der Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitenrecht	488
A. Beteiligte	488
I. Täter und Teilnehmer (§§ 17 Abs. 4, 29a Abs. 1 OWiG, § 8 Abs. 1 WiStG)	488
II. Juristische Personen und Personenvereinigungen bei der Verbandsgeldbuße (§ 30 OWiG)	490
B. Nichtbeteiligte	493
I. Mehrerlösabführung nach § 10 Abs. 2 WiStG	493
II. Einziehungsanordnung nach § 29a Abs. 2 OWiG gegen einen Dritten	494
3. Kapitel. Die Entscheidung über die Vermögensabschöpfung im Bußgeldverfahren	498
A. Konkurrenzen	498
I. Die Konkurrenzen der Vermögensabschöpfungsregelungen untereinander	498
II. Die Konkurrenzen der Vermögensabschöpfungsregelungen zur Einziehung und Wertersatzeinziehung im Ordnungswidrigkeitenrecht	500
B. Bestimmung des Umfangs der Vermögensabschöpfung im Bußgeldbescheid	502
I. § 17 Abs. 4 OWiG	502
II. Die Höhe der Einziehung bei § 29a Abs. 1 OWiG	503
III. §§ 8 Abs. 1, 10 Abs. 2 WiStG	504
4. Kapitel. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Bußgeldverfahren	506
A. Schutz des Betroffenen	506
B. Schutz des nicht beteiligten Dritten	507
8. Teil. Die Vermögensabschöpfung im System der Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche	
1. Kapitel. Internationale Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche (Überblick)	509
A. UNO-Einheitsübereinkommen über Suchtstoffe vom 30.3.1961	509
B. UNO-Konvention über psychotrope Substanzen vom 21.2.1971	509

C. Grundsatzerklärung des Basler Ausschusses für Bankenbestimmungen und -überwachung vom 12.12.1988	509
D. Wiener Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen vom 20.12.1988	509
E. Gründung der Financial Action Task Force (FATF) – Weltwirtschaftsgipfel in Paris im Juni 1989	511
F. Initiative internationaler Großbanken zur Bekämpfung der Geldwäsche (Wolfsberg Working Group)	512
G. UNO-Konventionen zur Grenzüberschreitenden Organisierten Kriminalität (UNTOC)	512
H. UNO-Konvention zur Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus	512
2. Kapitel. Maßnahmen in Europa (Überblick)	512
A. Übereinkommen des Europarates über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten vom 8.11.1990	512
B. EG-Richtlinie 91/308/EWG zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche vom 10.6.1991 (Erste Geldwäscherichtlinie)	513
C. Protokoll zum Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vom 16.10.2001	513
D. EG-Richtlinie 2001/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.12.2001 zur Änderung der europäischen Anti-Geldwäsche-Richtlinie 91/308 EWG (Zweite Geldwäscherichtlinie) .	513
E. Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22.7.2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union	513
F. Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates über die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen in der Europäischen Union	514
G. Rahmenbeschluss 2005/212/JI des Rates vom 24.2.2005 über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten	514
H. EG-Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.10.2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Dritte Geldwäscherichtlinie)	514
I. EG-Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Vierte Geldwäscherichtlinie)	514
J. EG-Richtlinie 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.5.2018 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinien 2009/138/EG und 2013/36/EU (Fünfte Geldwäscherichtlinie)	514
K. CARIN (Camden assets recovery initiative network)	515

3. Kapitel. Gesetzliche Regelung zur Geldwäschebekämpfung und Verbesserung der Vermögensabschöpfung in Deutschland . . .	515
A. Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15.7.1992 (BGBl. 1992 I 1302 ff.)	515
B. Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) vom 25.10.1993 (BGBl. 1993 I 1770 ff.)	515
C. Verbrechensbekämpfungsgesetz (VBG) vom 28.10.1994 (BGBl. 1994 I 3106 ff.)	515
D. Begleitgesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtlicher Vorschriften vom 22.10.1997 (BGBl. 1997 I 2567 ff.)	516
E. Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz vom 17.12.1997 (BGBl. 1997 I 3108 ff.)	516
F. Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität vom 4.5.1998 (BGBl. 1998 I 845 ff.)	516
G. Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und zur Änderung anderer Steuergesetze (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz) vom 19.12.2001 (BGBl. 2001 I 3922 ff.)	516
H. Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 1.1.2002 (BGBl. 2002 I 361 ff.)	516
I. Viertes Finanzmarktförderungsgesetz	517
J. Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Bekämpfung des Terrorismus (Geldwäschebekämpfungsgesetz)	517
K. Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche vom 9.3.2021	517
4. Kapitel. Strafvorschriften	518
A. Strafbarkeit der Geldwäsche (§ 261 StGB)	518
I. Allgemeines	518
II. Das Rechtsgut des § 261 StGB	519
III. Das Tatobjekt	520
IV. Die Tathandlungen	526
V. Täterschaft und Teilnahme	534
VI. Der subjektive Tatbestand	535
VII. Die Versuchsstrafbarkeit	538
VIII. Die Rechtsfolgen	538
IX. Konkurrenzen	543
B. Sonstige Strafvorschriften	543
I. Hehlerei (§ 259 StGB)	543
II. Strafvereitelung (§ 258 StGB)	544
III. Begünstigung (§ 257 StGB)	544
IV. Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB)	544
V. Betäubungsmittelhandel (§ 29 Abs. 1 BtMG)	544
VI. Teilnahme an der Vortat (§ 27 StGB)	545
VII. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	545
 9. Teil. Vermögensabschöpfung im internationalen Recht	
1. Kapitel. Allgemeine Grundsätze	547
A. Gegenstand	547
B. Grundlagen	547
C. Bewilligung	547

2. Kapitel. Rechtsgrundlagen	547
A. Überblick	547
B. Richtlinien	548
3. Kapitel. Das Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (EuGeldwäscheÜbk)	548
4. Kapitel. Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	548
A. Überblick	548
B. Vollstreckung ausländischer Anordnungen über Einziehung	549
C. Vorläufige Maßnahmen nach dem IRG	549
I. Sicherung einer späteren Anordnung der Einziehung	549
II. Beschlagnahme von Gegenständen vor Eingang eines ausländischen Ersuchens	549
III. Herausgabe von Beweismitteln oder Beutestücken an einen ausländischen Staat	550
IV. Zuständigkeiten	550
V. „asset sharing“	550

Anhang

A. Rechtsvorschriften	551
I. Nationales Recht	551
A I. 1. Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)	551
A I. 2. Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GWG)	556
A I. 3. Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG)	558
A I. 4. Justizbeitreibungsgesetz (JBeitrG)	571
A I. 5. Einforderungs- und Beitreibungsanordnung	574
A I. 6. Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)	579
II. Internationales Recht	580
A II. 1. Übereinkommen des Europarats über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus	580
A II. 2. Rahmenbeschluss 2001/500/JI des Rates	603
A II. 3. Protokoll	603
A II. 4. Rahmenbeschluss 2005/212/JI des Rates	603
A II. 5. Rahmenbeschluss 2007/845/JI des Rates	603
A II. 6. Richtlinie 2014/42/EU des Europäischen Parlaments und des Rates	603
A II. 7. Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates	603
A II. 8. Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates	603
A II. 9. Richtlinie (EU) 2018/1673 des Europäischen Parlaments und des Rates	603
A II. 10. Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates	604
A II. 11. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	604
A II. 12. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	604

B. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	605
C. Formularbeispiele	606
I. Überblick	606
II. Formulare	606
1. Einziehung gemäß § 73 Abs. 1 StGB	606
2. Eintragungsersuchen eines Beschlagnahmevermerks	608
3. Beschlagnahmebeschluss Einziehung gemäß § 73a StGB	609
4. Beschlagnahmebeschluss Einziehung gemäß § 74 StGB	610
5. Beschlagnahmebeschluss Einziehung gemäß § 74a StGB	611
6. Beschlagnahme- und Pfändungsbeschluss (Einziehung gemäß § 73 StGB)	612
7. Vermögensarrest	614
8. Pfändungsbeschluss	615
9. Eintragung einer Arresthypothek	616
Sachverzeichnis	617